

**Das Programm
der Liste Sebastian Kurz –
die neue Volkspartei**
zur Nationalratswahl 2017

Der neue Weg.

**Ordnung
& Sicherheit**

3/3



Zurück
an die Spitze.

Nicht für
die Statistik.
Sondern
für uns alle.



**Ordnung
& Sicherheit**

3
/3

Inhalt.

06 **Ordnung
& Sicherheit.
Für uns alle.**

**Zurück an die Spitze.
Mit einem Stopp
der illegalen Migration.
Für uns alle.**

- 18** Keine illegale Zuwanderung zulassen
- 22** Null Toleranz gegenüber dem politischen Islam zeigen
- 26** Parallelgesellschaften verhindern
- 28** Integration konsequent vorantreiben

**Zurück an die Spitze.
Mit einer
echten Staatsreform.
Für uns alle.**

- 32** Kompetenzverteilung in Österreich von Grund auf neu denken
- 35** Medienstandort stärken und öffentlich-rechtlichen Auftrag weiterentwickeln
- 38** Mehr direkte Demokratie zulassen

**Zurück an die Spitze.
Mit einem
bürgernahen Europa.
Für uns alle.**

- 42** Kurswechsel in Europa herbeiführen
- 45** Österreichs Interessen in Europa und der Welt vertreten

**Zurück an die Spitze.
Mit mehr Sicherheit.
Für uns alle.**

- 50** Sicherheit in unserem Land garantieren
- 53** Gewalt gegen Frauen und Kinder härter bestrafen
- 55** Grenzen schützen und Bundesheer stärken
- 58** **Schlusswort**

Der neue Weg zu Ordnung & Sicherheit.

Ordnung in der Gesellschaft und im Staat hat nicht das Ziel, Menschen einzuschränken, sondern ihnen die Möglichkeit zu geben, sich frei zu entfalten. Unsere Rechts-

ordnung muss daher einfach und transparent sein. Sie muss klare

Spielregeln für jeden vorgeben, unabhängig von Hintergrund und Herkunft. Aufgabe des Staates ist es, diese Regeln mit voller Konsequenz durchzusetzen.

Ordnung ist die Grundlage für Gerechtigkeit und Wohlstand.

Der dritte Teil unseres Programmes zeigt den Weg auf, den wir im Bereich Sicherheit und Ordnung für Österreich einschlagen wollen. Ein Weg, der auf dem unerschütterlichen Fundament unserer demokratischen Werte und des Rechtsstaats, unserer christlich-sozialen Weltanschauung und den Grundsätzen der Aufklärung und allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte basiert, die das heutige Europa geformt haben.

Der Staat ermöglicht das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichen Religionen, Interessen und unterschiedlicher Herkunft auf der Grundlage unserer Werte – dem Fundament für das geordnete Zusammenleben in Österreich. Die demokrati-

sche Bundesverfassung unseres Staates baut auf diesen Werten auf und die gesamte Rechtsordnung regelt unser Zusammenleben. Sie soll gewährleisten, dass alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger und jene Personen, die sich rechtmäßig in Österreich aufhalten, in Freiheit, Frieden und Sicherheit zusammenleben können.

Für uns alle.

Dankbar sein Für unser Österreich.



Der österreichische Staat ist neutral und unparteiisch.

Das war nicht immer so. Vielmehr ist es das Resultat einer langen, reichen und wechselhaften Geschichte. Österreich hat den europäischen Kontinent über viele Jahrhunderte hinweg maßgeblich mitgeprägt und in diesem Zeitraum zahlreiche große Persönlichkeiten hervorgebracht; Wissenschaftler, Künstler und Intellektuelle. Wien war über viele Jahrhunderte eines der wichtigsten kulturellen Zentren Europas – und ist es auch heute noch.

Die Geschichte Österreichs ist aber auch eine Geschichte des Leids: Wir mussten vor allem im letzten Jahrhundert mit ansehen, wie unser Land unter den Wirren der beiden Weltkriege, an denen wir maßgeblich beteiligt waren,

gelitten hat. Das 20. Jahrhundert hat uns auch vor Augen geführt, wie gefährlich und menschenverachtend autoritäre und totalitäre Regime und Systeme sind. Durch die Herrschaft der Nationalsozialisten und die Teilung Europas durch den Eisernen Vorhang haben wir unsere Lektionen der Geschichte gelernt. Wir stehen zu unserer Mitverantwortung und Mitschuld für das, was geschehen ist, und ziehen in unserer Politik die Schlüsse daraus. Nach der Teilung unseres Kontinents liegt unsere Zukunft in einem gemeinsamen Europa.

Wir haben aus der Geschichte gelernt und uns aus eigener Kraft wieder aufgerichtet. Heute noch sind wir dem Fleiß, dem Mut und der Zuversicht unserer Eltern- und Großeltern-Generation zu großem Dank verpflichtet. Sie haben unser Heimatland aus den Trümmern

des 2. Weltkriegs unter größten Entbehrungen wiederaufgebaut. Mit ihrer harten Arbeit haben sie Österreich zu einem der wohlhabendsten Staaten der Welt gemacht – immer mit dem selbstlosen Ziel vor Augen, dass es ihren Kindern einmal besser gehen möge.

Wir haben aus der Vergangenheit gelernt. Sie ist unser Wegweiser in die Zukunft.



Unsere Geschichte und Erfahrungen haben uns als Staat und als Nation zu dem gemacht, was wir heute sind.

Und wir dürfen stolz darauf sein, auf unsere Heimat, auf unser Österreich. Wir dürfen zu dem stehen, was uns ausmacht

und wer wir sind. Und wir dürfen auch von jenen, die zuwandern möchten, verlangen, nach

unseren Werten und Vorstellungen zu leben. In unserem Land gibt es keinen Platz für Parallelgesellschaften. In Österreich liegt die Verantwortung für die Rechtsordnung und deren Durchsetzung allein

beim Staat. Rassismus und politischer Extremismus haben bei uns keinen Platz. Wir müssen uns vehement gegen Entwicklungen stellen, wie wir sie teilweise in anderen Ländern sehen, wo Subkulturen das geltende Recht einfach ausschalten und ihre eigenen Rechtssysteme schaffen, wo religiöse Vorschriften die Grundrechte des Menschen einschränken – und wo Frauen massiv unterdrückt und bevormundet werden.

Viele der Rechte, die wir im modernen Staat Österreich genießen, erscheinen uns heute fast als selbstverständlich: Meinungsfreiheit, demokratische Mitbestimmung, die Gleichberechtigung von Frau und Mann. Aber gerade in Österreich sollte uns bewusst sein, dass sie das Ergebnis vieler Opfer und langjähriger Bemühungen sind. Das Eintreten für unsere Rechte und das Bewahren unserer Grundsätze sind wir auch all jenen schuldig, die diese Errungenschaften über die Geschichte hinweg erkämpft haben.

**Wir sind stolz auf Österreich.
Und das soll auch in Zukunft so bleiben.**



Unsere Werte schützen.

Damit Österreich unser Österreich bleibt.



Antworten geben. Auf die Fragen, die uns wirklich bewegen.

Mit der österreichischen Verfassung bekennen wir uns zu einer demokratischen Republik, deren Recht vom Volk ausgeht.

In ihr sind die wichtigen Prinzipien und Grundsätze des öffentlichen Lebens geregelt. Leider wurde aber auch vieles in die Verfassung geschrieben, das dort eigentlich keinen Platz haben sollte. Regelungen aus dem Arbeiterkammergesetz, dem Ökostromgesetz oder dem Forstgesetz und viele andere Gesetzestexte haben in Österreich Verfassungsrang. Gleichzeitig fehlen unserer Verfassung

so zentrale Elemente wie ein moderner Grundrechtskatalog oder eine explizite Verankerung der Würde des Menschen. Es wird Zeit, dass unsere Verfassung von zahllosen Bestimmungen befreit und gleichzeitig um wichtige, aktuelle Grundsätze ergänzt wird.

Ganz generell kann man in den letzten Jahrzehnten immer mehr eine Tendenz zu Regulierungswut in Detailfragen erkennen – und das auf allen Ebenen des Zusammenlebens. Grundsätzliche Fragen, die die Menschen bewegen, bleiben hingegen unbeantwortet. Es gibt keine klare Kompetenzverteilung mehr – die EU will uns vorschreiben, welche Farbe die Pommes haben sollen und welche Glühbirne wir verwenden

dürfen, während die Bewältigung der Migrationskrise nach wie vor auf staatlicher oder regionaler Ebene erfolgen muss und es nur sehr unvollständige Ansätze der EU dazu gibt.

Kein Wunder also, dass das Vertrauen in die Politik und die Institutionen immer weiter sinkt. Noch schlimmer ist die zunehmende Distanz vieler junger Menschen gegenüber dem traditionellen politischen System. All diese Fakten und Entwicklungen verlangen dringend nach einer grundsätzlichen Änderung des politischen Systems. Wir müssen uns in der Politik wieder grund-

legende Fragen stellen, anstatt Politik als Inszenierung zu verstehen. Welche Aufgaben soll der Staat eigentlich übernehmen? Und auf welcher Ebene? Wie soll er sie ausführen? Wen soll der Staat unterstützen? Wer darf bei uns leben? Und an welche Regeln muss man sich halten?

Das Vertrauen in die Politik ist erschüttert. Bauen wir es wieder auf.



Zusammen Ordnung schaffen. Für uns alle.

Wir brauchen eine grundsätzliche Reform unseres Staates auf allen Ebenen und auch der EU. Wir brauchen klare Kompetenzverteilungen und Verantwortlichkeiten.

Wir müssen mit aller Kraft gegen Überregulierung und Bevormundung der Bürgerinnen und Bürger vorgehen. Und wir müssen jeden Cent, den wir ausgeben, dreimal umdrehen. Wir brauchen mehr Initiative und Serviceorientierung statt bürokratische

Regulierung und Amtsschimmel. So wie es vom Finanzministerium

einen Abbaupfad für die Staatsschulden über die nächsten Jahre gibt, muss es auch einen verbindlichen Abbaupfad für Bürokratie

Wir brauchen längst fällige Reformen. Gehen wir es an.

und Belastung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmerinnen und Unternehmer geben. Die Vorschläge von Experten, Rechnungshof und anderen Gremien liegen auf dem Tisch, jetzt geht es darum, die sinnvollen Überlegungen umzusetzen. Denn der Staat hat wieder für die Bürgerinnen und Bürger da zu sein – und nicht umgekehrt.



**Zurück
an die Spitze.**

Mit einem
Stopp der illegalen
Migration.
Für uns alle.

Keine illegale Zuwanderung zulassen

Wir müssen selbst entscheiden, wer bei uns einreist, und die Obergrenze für illegale Zuwanderung auf null setzen.

Das Jahr 2015 war ein Schock für viele Menschen in diesem Land. Durch die Politik des Weiterwinkens hat sich die Anzahl der Asylanträge explosionsartig auf fast 90.000 erhöht. Wir müssen selbst entscheiden, wer in Österreich einreist, und die Obergrenze für illegale Zuwanderung auf null setzen. Begleitend brauchen wir mehr Hilfe vor Ort, effektive Resettlement-Programme, ein verbessertes Punktesystem für legale Zuwanderung und zielgerichtete Integrationsmaßnahmen.

Das Jahr 2015 war ein politisches Erdbeben, ein Schock für viele Menschen in diesem Land und hat das Vertrauen in den Rechtsstaat massiv belastet. Das politische Establishment hat bei der großen Flüchtlingskrise versagt. Hunderttausende aus allen Teilen der Welt machten sich vor allem auf Einladung Europas auf den Weg – viele von ihnen aber nicht, weil sie Schutz suchten, sondern weil sie auf der Suche nach einer besseren wirtschaftlichen Zukunft waren. Das ist ihnen nicht zu verdenken und menschlich auch nachvollziehbar, aber es hat zu einer massiven Über-

forderung unserer Sozialsysteme, Integrationsbemühungen und unserer öffentlichen Ordnung geführt. Während die Anzahl der Asylanträge in Österreich in den Jahren 2006-2013 zwischen 10.000 und 17.000 gegpendelt hat, ist sie im Jahr 2015 explosionsartig auf fast 90.000 angestiegen.

Es war ein harter Kampf, sowohl in Österreich als auch in der Europäischen Union, für ein Umdenken zu sorgen und der Politik des Durchwinkens ein Ende zu setzen. Österreich hat im Alleingang die Schließung der Balkanroute mit unseren Nachbarstaaten organisiert. Dafür wurden wir anfangs hart kritisiert. Heute wird diese Schließung als großer Erfolg gefeiert und es gibt kaum noch jemanden, der an der Wirksamkeit dieser Maßnahme zweifelt. Die Flüchtlingsströme sind innerhalb von Tagen nach Schließen der Balkanroute massiv zurückgegangen und haben sich um 98% reduziert.

Umdenken und Leben retten.

Wir haben das Problem illegaler Migration deswegen aber noch nicht unter Kontrolle, wie man vor allem an der Mittelmeer-Route sehen kann. Immer noch kommen jeden Monat zahlreiche illegale Flüchtlinge nach Österreich. Solange wir als Europa das Signal aussenden, jeden, der in Afrika in ein Boot steigt, zu retten und aufzunehmen, so lange werden sich immer mehr Menschen auf den Weg machen und so lange werden Menschen im Mittelmeer ertrinken.

Integration möglich machen – durch den Stopp illegaler Zuwanderung.

Von den knapp 90.000 Asylantragstellern im Jahr 2015 kamen 29% aus Afghanistan und 28% aus Syrien, 16% aus dem Irak und der Rest aus verschiedenen anderen Ländern. 66% der Anträge wurden von Männern gestellt und insgesamt 74% der Antragstellerinnen und Antragsteller waren unter 30 Jahre alt. Ein Großteil hat nur einen Pflichtschulabschluss aus dem jeweiligen Heimatland vorzuweisen und 9% hatten überhaupt keine Schulbildung. Die nachhaltige und vollständige Integration dieser Menschen in unseren Arbeitsmarkt und in unsere Gesellschaft ist eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte.

Verteilung nach Herkunftsstaaten

in Österreich,
2016

Die einzige Alternative, die wir haben, ist, die illegale Zuwanderung rigoros zu stoppen. Wir sprechen hier von einer Obergrenze gleich null. Das heißt nicht, dass wir gar keine Migration mehr nach Österreich ermöglichen. Das heißt auch nicht, dass wir uns unserer Verantwortung gegenüber den verfolgten Menschen auf der Welt entziehen wollen. Aber wir dürfen es nicht den Schleppern überlassen, wer nach Österreich kommt.

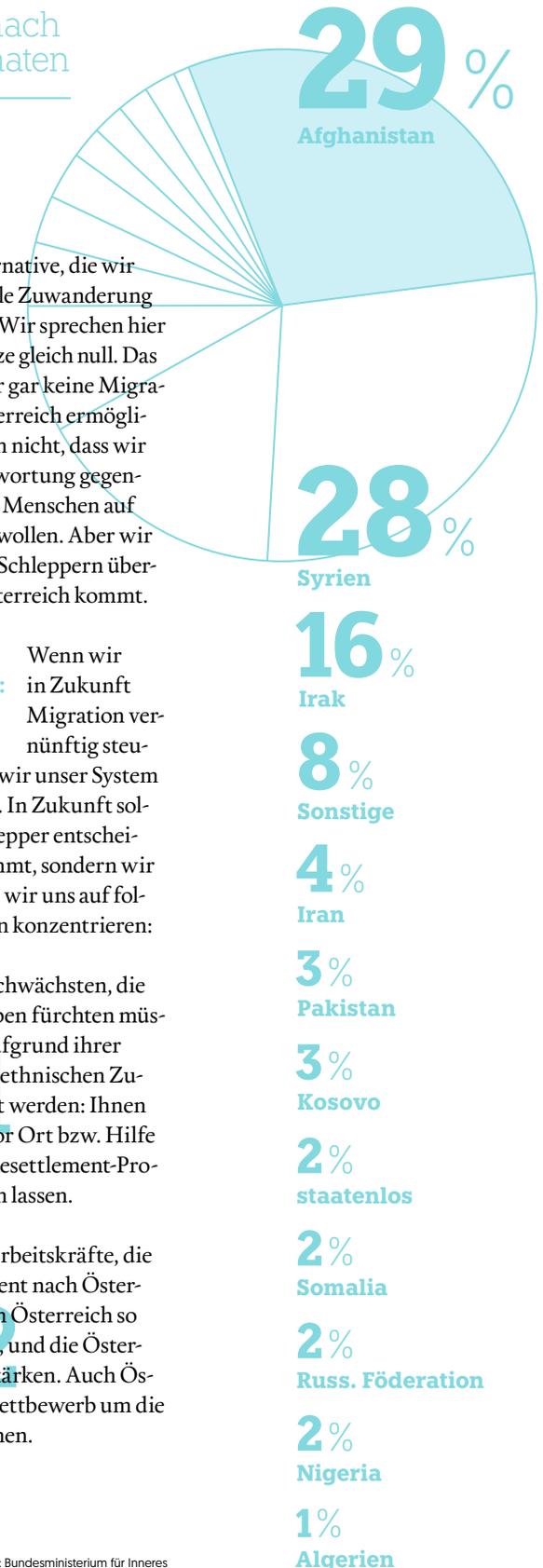
Migration vernünftig steuern: Unsere Ziele.

Wenn wir in Zukunft Migration vernünftig steuern wollen, müssen wir unser System komplett umstellen. In Zukunft sollen nicht mehr Schlepper entscheiden, wer zu uns kommt, sondern wir selbst. Dabei wollen wir uns auf folgende zwei Gruppen konzentrieren:

Die Ärmsten und Schwächsten, die wirklich um ihr Leben fürchten müssen, weil sie etwa aufgrund ihrer Religion oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit verfolgt werden: Ihnen müssen wir Hilfe vor Ort bzw. Hilfe durch spezifische Resettlement-Programme zukommen lassen.

Absolute Schlüsselarbeitskräfte, die Know-how und Talent nach Österreich bringen, das in Österreich so nicht vorhanden ist, und die Österreich als Standort stärken. Auch Österreich muss im Wettbewerb um die besten Köpfe bestehen.

Quelle: Bundesministerium für Inneres



Wo es Krisen auf der Welt gibt, leistet auch Österreich seinen Beitrag, die notleidenden Menschen vor Ort zu versorgen. Diese Hilfe kommt vor allem den Schutzbedürftigsten wie Frauen, Kindern und alten Menschen zugute. Flüchtlinge aus Krisengebieten sollten in Zukunft nur legal, geordnet durch Resettlement-Programme, zu uns kommen. Die Auswahl von Flüchtlingen soll in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie dem UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR), der Internationalen Organisation für Migration (IOM) oder dem Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) vor Ort in den Krisenregionen und Flüchtlingscamps erfolgen.

Zuwanderung aus Drittstaaten läuft jetzt schon über ein Punktesystem, das noch weiter zu entwickeln ist. Besonders hochqualifizierte Personen, die in bestimmten Schlüsselbereichen (Industrie, Forschung, Kunst und Kultur) arbeiten wollen, für die ein nachgewiesener Bedarf besteht, der nicht durch eigene Ressourcen gedeckt werden kann, sollen unbürokratisch angeworben werden können, um die besten Köpfe in Österreich zu haben. Gerade für diese

Gruppe sollen vereinfachte Formen der Beantragung bzw. der Administration eingeführt und die Rot-Weiß-Rot-Karte entbürokratisiert werden. Der österreichische Staat muss aber auch klare Regelungen über die Länge des Aufenthalts in Österreich schaffen, wenn der Bedarf nicht mehr besteht.

Das europäische Asylsystem neu gestalten.

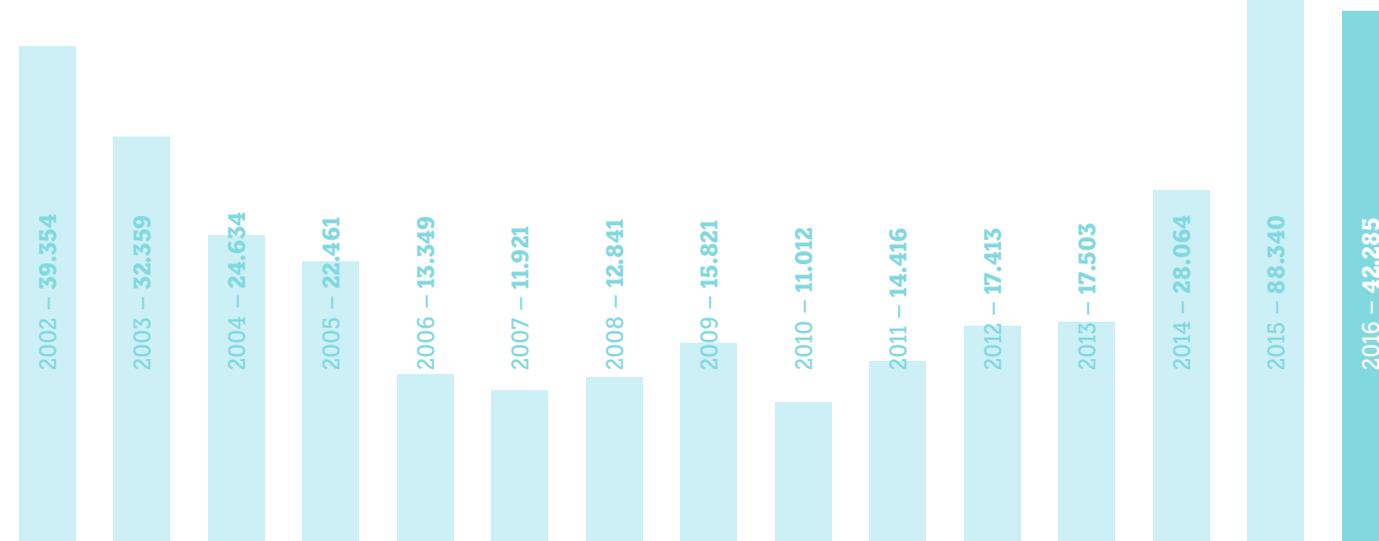
wenn wir selber entscheiden, wen wir als Flüchtling bzw. als Zuwanderer in die EU holen und wie wir am besten vor Ort helfen. Deswegen brauchen wir eine Neugestaltung des Asylsystems in Europa, das klare Regeln vorgibt, an die sich auch alle zu halten haben. Menschen, die auf See gerettet werden, sollen in ein „Rescue Center“ außerhalb der EU gebracht werden und nicht mehr auf das Festland der Europäischen Union gelangen. Illegalen Migranten, die dennoch in die EU einreisen, werden im Fall von Schutzbedürftigkeit in ein „Protection Center“ in einem Drittstaat gebracht, anderenfalls in die Herkunftsländer rückgestellt. Und nur jene, die durch mobile Teams internationaler Organisationen als besonders Schutzbedürftige in Flüchtlingszentren vor Ort bzw. in Krisenherden ausgewählt werden, können mittels Resettlement

Quelle: Bundesministerium für Inneres

entsprechend spezifischer Kapazitätsgrenzen innerhalb der EU Aufnahme finden. Der Fokus liegt hier in erster Linie auf Frauen, Kindern und Familien. Voraussetzung dafür ist, dass wir die illegale Migration stoppen, wie etwa jene über die Mittelmeer-Route. Dabei gilt es, den Transitstaaten beim Aufbau von Kapazitäten zur Unterbringung und Rückführung von Migranten zu helfen sowie die nordafrikanischen Staaten bei der Grenzsicherung ihrer Landesgrenzen zu unterstützen. Vorbild kann uns hier vom Prinzip her Australien sein, das auf einen Mix aus Hilfe vor Ort, Sicherung der Außengrenzen und Resettlement-Programme setzt.

Jährliche Entwicklung der Asylanträge

in Österreich,
2002 bis 2016



Integration tatkräftig vorantreiben.

In einem weiteren Schritt müssen wir auch innerhalb von Österreich alles daransetzen, die Zuwanderung von unqualifizierten Arbeitskräften so weit wie möglich einzudämmen. Jene, die bei uns bleiben dürfen, sollten sich auch von Anfang an so gut wie möglich integrieren und wir werden ihnen einen sinnvollen Auftrag geben. Asylwerber erhalten im Rahmen der Grundversorgung eine Vielzahl an Leistungen. Gemäß dem Grundsatz „Leistung für Gegenleistung“ sollen sie in Zukunft auch einen Beitrag erbringen (z.B. die Erhaltung und Pflege ihrer mit Steuergeld finanzierten Quartiere, Mitarbeit in der Gemeinde etc.). Das hilft ihnen bereits früh, sich an ein reguläres Arbeitsleben zu gewöhnen, und gibt ihnen die Möglichkeit, einen positiven Beitrag in dem Land zu leisten, in dem sie Aufnahme suchen. Um hier auch die entsprechenden Anreize zu schaffen, soll ihre Mitwirkung bzw. ihre Bereitschaft aber auch über den Erhalt bestimmter Leistungen (wie zum Beispiel das „Taschengeld“) entscheiden.

Vertrauens- und sinnstiftend agieren.

Es wird Jahre brauchen, das verlorengegangene Vertrauen nach dem Katastrophenjahr 2015 zurückzugewinnen. Aber wir dürfen keinen Tag damit warten, daran zu arbeiten. Durch die Flüchtlingskrise wurden wir vor enorme Herausforderungen in der Integration gestellt. Damit sind sowohl die soziale Ordnung und das gesellschaftliche Leben als auch letztlich die Frage von Identität massiv erschüttert worden.

Wer nach Österreich zuwandert, muss ganz klar wissen, dass es kulturelle Prägungen, Werte und Regeln gibt, über die wir nicht verhandeln und von denen wir erwarten, dass sie uneingeschränkt respektiert werden. Zuwanderung hat im Interesse des Staates und seiner Bürger zu erfolgen. Es braucht demnach ganz klare Kriterien und eine strenge Ordnung. ➤

Unsere Maßnahmen

Stopp der illegalen Migration, insbesondere durch Schließen der Mittelmeer-Route, Schlepperunwesen unterbinden

Neugestaltung des Asylsystems in Europa und effektive Sicherung der EU-Außengrenzen

Zuwanderung aus Drittstaaten in Zukunft ausschließlich über ein Punktesystem, das allein den Bedarf in Österreich in den Mittelpunkt stellt

Vereinfachte Formen der Beantragung bzw. der Administration für das Anwerben von hochqualifizierte Personen in bestimmten Schlüsselbereichen (Industrie, Forschung, Kunst und Kultur) und klare Regelungen über die Länge des Aufenthalts, wenn kein Bedarf mehr besteht

Null Toleranz gegenüber dem politischen Islam zeigen

Der politische Islam hat keinen Platz in unserer Gesellschaft – wir müssen Radikalisierung, Gewalt und Terrorismus mit allen Mitteln bekämpfen.

Mittlerweile leben über 700.000 Musliminnen und Muslime in unserem Land. Mit dem Islamgesetz ist ein gesetzlicher Rahmen geschaffen worden. Der politische Islam ist eine Kombination aus religiösem Fundamentalismus und politischem Extremismus und als solcher Nährboden für Gewalt und Terrorismus. Er hat das Ziel, unsere Werte und Lebensweisen zu untergraben und Parallelgesellschaften aufzubauen. Das müssen wir mit allen Mitteln verhindern. |

Österreichs gesellschaftliche Landschaft wird vielfältiger. 16 anerkannte Kirchen und Religionsgemeinschaften bestehen in unserem Land. Die Gruppe der Musliminnen und Muslime wächst stetig und stark. Mittlerweile leben rund 700.000 Musliminnen und Muslime in Österreich, das sind 8% der Gesamtbevölkerung. Prognosen zufolge wird die Zahl bis 2046 auf bis zu 21% der Bevölkerung steigen, in Wien sogar auf bis zu 30%. Muslime würden damit zur größten religiösen Gruppe in Wien anwachsen.

Der Islam ist seit 1912 eine anerkannte Religionsgemeinschaft in Österreich. Durch das 2015 in Kraft getretene neue Islamgesetz wurden die Rechte und Pflichten neu und zeitgemäß geregelt. Damit wurde die Grundlage für einen Islam europäischer Prägung – unabhängig von Einflüssen anderer Kulturkreise – geschaffen. Viel zu lange haben der Staat und seine Institutionen der auswärtigen Einflussnahme auf österreichische Muslime tatenlos zugesehen. Erst mit dem neuen Islamgesetz wurde eine Trendwende hin zu einem langfristigen Veränderungs- und Modernisierungsprozess eingeleitet. Jetzt ist aber auch die konsequente Umsetzung und Kontrolle seitens der zuständigen Stelle erforderlich.

Nein zum politischen Islam.

Das Bestreben, einen Islam europäischer Prägung zu entwickeln, hat allerdings den Widerstand bestimmter Kreise ausgelöst. Sie treten für ein anderes, im Widerspruch zu unserer historisch gewachsenen Werte- und Rechtsordnung stehendes Gesellschaftsbild ein. Es wird versucht, den Islam für Konflikte, Kriege, Terror und Angstmacherei zu missbrauchen. Die Auswirkungen dieser Politik sind gerade in Österreich mit seiner großen muslimischen Community ersichtlich.

Der politische Islam ist eine Kombination aus religiösem Fundamentalismus und politischem Extremismus. Während wir den Islam als Religion und Teil einer pluralistischen und offenen Gesellschaft respektieren, müssen wir aber genauso jene Kräfte mit aller Vehemenz bekämpfen, die diese offene Gesellschaft bedrohen und den sozialen Frieden gefährden.

Beim politischen Islam muss man drei Dimensionen unterscheiden, die einen negativen Einfluss auf unsere Gesellschaft haben:

1. Politischer Islam als Nährboden für Gewalt und Terrorismus
2. Politischer Islam als totalitäres System mit dem Bestreben, parallele Rechtssysteme hervorzubringen
3. Politischer Islam von außen gefördert, um unsere Werte und Lebensweisen zu untergraben

1. Politischer Islam als Nährboden für Gewalt und Terrorismus

In einigen Ländern auf der Welt führen Muslime Kriege gegen Andersgläubige, aber auch untereinander gibt es in Ländern Spannungen zwischen verschiedenen Richtungen des Islam. Die großen Terroranschläge auf die westliche Welt (9/11, Paris, Brüssel, Nizza, Berlin usw.) wurden von radikalen Islamisten verübt – ganz zu schweigen von den Terroranschlägen, die sich fast täglich in anderen Teilen der Welt ereignen.

Der politische Islam hat uns bereits voll erreicht. Wir leben nicht mehr auf der Insel der Seligen: Unsere Sicherheitskräfte müssen ständig auf der Hut sein und Gefahrenpotenziale ausfindig machen. Wir haben alleine in Österreich rund 300 Perso-



Der öffentliche Raum wird immer mehr von bestimmten Strömungen des politischen Islam vereinnahmt.

Wir dürfen dem aus einer falsch verstandenen Toleranz nicht nachgeben und dies der Mehrheitsbevölkerung krampfhaft als Gleichberechtigung zu verkaufen versuchen.

Efgani Dönmez
Sozialarbeiter und Politiker

nen, die sich als Terroristen im Irak oder Syrien betätigen wollten oder das tatsächlich schon getan haben. Im Rahmen einer Studie zu Wiener Jugendzentren hat sich herausgestellt, dass ein Drittel der befragten muslimischen Jugendlichen radikalisiert ist; 47% der Befragten gaben an, eine negative Einstellung gegenüber Juden zu haben.

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit sowie die Integration und Bewusstseinsbildung, vor allem bei jungen Muslimen, wird eine Herkulesaufgabe für die nächsten Jahre und Jahrzehnte. Wir müssen die Tendenzen des gewaltbereiten, politischen Islam im Keim ersticken und hier im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit mit aller Härte vorgehen. Ein Wiedererstarken des Antisemitismus müssen wir vor allem in Österreich mit aller Kraft verhindern.

2. Politischer Islam als totalitäres System mit dem Bestreben, parallele Rechtssysteme hervorzubringen Der politische Islam kennt die Trennung zwischen Staat und Religion – ein Grundprinzip

der westlichen, pluralistischen Gesellschaft – nicht. Wir können beobachten, dass es in einigen ehemals laizistischen Staaten mittlerweile zu einer Re-Islamisierung kommt. Der IS selbst hat das Bestreben, ein Kalifat aufzubauen, das sich über weite Teile des Nahen und Mittleren Ostens erstrecken soll.

In der westlichen Welt wählt der politische Islam den Weg über parallele Rechtssysteme. In Großbritannien gibt es beispielsweise mittlerweile mindestens 85 Scharia-Gerichte, die parallel zum britischen Rechtssystem existieren. Mehrere Studien belegen, dass für bis zu 40% der Musliminnen und Muslime die Rechtsvorschriften der Religion über denen des Staates stehen, in dem sie leben.

Diesen Tendenzen müssen wir in Österreich mit aller Entschiedenheit entgegenreten. Musliminnen und Muslime müssen sich an die österreichische Rechtsordnung und nur an diese halten. Aber wir müssen uns auch auf internationaler Ebene gegen totalitäre Regime, für die Religionsfreiheit ein Fremdwort ist, starkmachen.

3. Politischer Islam von außen gefördert, um unsere Werte und Lebensweisen zu untergraben Immer stärker nehmen ausländische Regierungen über österreichische Vorfeldorganisationen Einfluss auf bestimmte Migrantengruppen. Es wird versucht, unsere Werte- und Gesellschaftsordnung zu untergraben. Die Freiheiten, die der österreichische Rechtsstaat gewährt, wie zum Beispiel beim Vereinsrecht, werden für ausländische Zwecke missbraucht.

Unter den türkischstämmigen Menschen in Österreich wächst die Gruppe, die ein zunehmend autoritäres Regime in der Türkei unterstützt. Dem Referendum für die Verfassungsänderung haben beispielsweise 73% der Wahlberechtigten zugestimmt. Nach nachrichtendienstlichen Einschätzungen geben zig Mitarbeiter nachrichtendienstliche Mitteilungen an den türkischen Geheimdienst. Die muslimische Community wird über türkische Einrichtungen mit unterschiedlichen Dienstleistungen versorgt. Beispielsweise werden etwa 60 Prozent der Moscheen in Österreich von türkischen Organisationen betrieben.

Anteil muslimische Bevölkerung

an der Gesamtbevölkerung Österreichs

Quelle: Vienna Institute of Demography
*Prognose: Maximalszenario

2016 – 8%

2046 – 21%*

Durch ein neues Islamgesetz konnten wir in den vergangenen Jahren bereits erste Vorkehrungen treffen, um einer ausländischen Einflussnahme auf Österreichs Musliminnen und Muslime entgegenzuwirken. Aber wir müssen den Einfluss ausländischer Regierungen auf in Österreich lebende Migrantinnen und Migranten weiter reduzieren und schlussendlich ganz stoppen. Alle in Österreich aktiven Organisationen sollen auf Basis unserer Werte- und Gesellschaftsordnung agieren. Ausländische Politik und Konflikte anderer Staaten dürfen nicht länger auf Österreichs Straßen ausgetragen werden. Wir können nicht dulden, dass andere Länder direkt und indirekt Politik auf dem Rücken des österreichischen Staates und seiner Bürgerinnen und Bürger machen.

Politische Einflussnahme aus dem Ausland stoppen: Vereins-, Stiftungs- und Strafrecht nachschärfen. Wir müssen ganz genau prüfen, durch welche Änderungen im Vereinsrecht wir die Gründungen von Vereinen, die Integration be- oder verhindern oder im Auftrag ausländischer Organisationen agieren, vermeiden oder bestehende Organisationen auflösen können. Wir müssen das Stiftungsrecht überarbeiten, um sicherzustellen, dass Initiativen zum Aufbau von Gegengesellschaften nicht über private Stiftungen finanziert werden können.

Außerdem müssen wir im Strafrecht nachschärfen und im § 246 (Staatsfeindliche Verbindungen) explizit die Einflussnahme von ausländischen politischen Organisationen aufnehmen bzw. ein Verbotsgesetz für politische Organisationen diskutieren, die unter ausländischem Einfluss stehen und staatsfeindliche Tendenzen haben.

Eine weitere Tendenz, die mit dem politischen Islam einhergeht, ist ein verstärktes Aufkeimen des Antisemitismus. Der Antisemitismusbericht im Jahr 2016 zeigt einen kontinuierlichen Anstieg von antisemitischen Angriffen in den letzten Jahren. 22% der ideologisch zuordenbaren Angriffe haben mittlerweile einen islamistischen Hintergrund. Die Israelitische Kultusgemeinde ist davon überzeugt, dass der Antisemitismus von islamischer Seite weiter zunehmen wird. Diese Tendenzen haben in unserem Land keinen Platz. Wir müssen das Aufkeimen des Antisemitismus verhindern und den Jüdinnen und Juden in unserem Land zeigen, dass sie hier selbstverständlich weiterhin Teil unserer Gesellschaft und vor allem sicher sind. ➤

Unsere Maßnahmen

Mit allen Mitteln verhindern, dass es in Österreich zur Einrichtung von parallelen Justizsystemen kommt

Auf internationaler Ebene starkmachen gegen totalitäre Regime, für die Religionsfreiheit ein Fremdwort ist

Vereinsrecht und Stiftungsrecht prüfen, um Einflussnahme von außen nach Österreich zu reduzieren

Strafrecht nachschärfen und im § 246 (Staatsfeindliche Verbindungen) explizit die Einflussnahme von ausländischen, politischen Organisationen aufnehmen

Verbotsgesetz für politische Organisationen diskutieren, die unter ausländischem Einfluss stehen

Kampf gegen aufkeimenden Antisemitismus

Parallelgesell- schaften verhindern

Wir müssen das Entstehen von Parallelgesellschaften unterbinden.

Parallelgesellschaften werden ein immer größeres Problem: nicht nur in unserem Rechtssystem, sondern vor allem in unserer Gesellschaft. Bis zu 10.000 Kinder in Wien sind in islamischen Kindergärten religiös und ethnisch abgeschottet und werden teilweise mit Schattenlehrplänen unterrichtet. Staatliches Fördergeld darf nicht in solche Institutionen fließen. |

Parallelgesellschaften beschränken sich nicht nur auf die Justiz und auf Sharia-Gerichte. Parallelgesellschaften entwickeln sich schon viel früher und vermeintlich harmloser: Wenn in den Moscheen nur in der Herkunftssprache gepredigt wird, wenn in ganzen Vierteln Supermärkte und andere Dienstleistungen nur mehr auf ethnischer Basis vorhanden sind oder wenn Frauen den Männern nicht die Hand geben.

Auch im Bildungssystem gibt es sehr bedenkliche Entwicklungen. In Wien werden Schätzungen nach bis zu 10.000 Kinder in islamischen Kindergärten betreut. Diese Kindergärten sind nicht nur religiös abgeschottet – teilweise anhand von

Schattenlehrplänen –, sondern oft auch ethnisch sehr stark abgegrenzt. Wenn türkische, tschetschenische, afghanische und arabische Gruppen nur unter sich bleiben und ihre Kinder teilweise ausschließlich in der eigenen Sprache unterrichten, kann Integration nicht gelingen.

Wir müssen diesen Entwicklungen einen Riegel vorschieben. Staatliches Fördergeld darf nicht länger zur Förderung von Parallelgesellschaften missbraucht werden. Kindergärten müssen wesentlich stärker entlang klarer Qualitätskriterien kontrolliert, islamistisch ausgerichtete Einrichtungen umgehend geschlossen werden.



Im Zuge der Flüchtlingswelle sind hunderttausende Menschen nach Europa gelangt, die aus Ländern stammen, in denen keine Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Gleichberechtigung von Mann und Frau herrscht. Leider wird dabei auch oft der teilweise vorhandene Antisemitismus der Muslime negiert oder zu einer Randerscheinung verharmlost.

Mag. Martin Engelberg
Psychoanalytiker & Unternehmensberater

Nein zu falscher Toleranz.

Wir dürfen nicht in die Falle falscher

politischer Korrektheit und falscher Toleranz tappen. Wir dürfen als Österreicherinnen und Österreicher vorgeben, was Platz in unserer Gesellschaft hat und was nicht. Bei der Vollverschleierung gibt es einen breiten Konsens, dass diese im öffentlichen Raum keinen Platz bei uns hat – dies wurde zuletzt auch vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als zulässig erachtet. Auch bei so wichtigen Prägungen unserer Kultur wie unseren Feiertagen dürfen wir keine Kompromisse eingehen. Die christlichen Feiertage sind fest in der österreichischen Kultur verankert und wir wollen diese auch weiter aufrechterhalten. ➤

Unsere Maßnahmen

➤ Stärkere Kontrollen von Kindergärten entlang klarer Qualitätskriterien, islamistisch ausgerichtete Einrichtungen umgehend schließen

➤ Staatliches Fördergeld darf nicht dafür eingesetzt werden, dass Parallelgesellschaften weiter ausgebaut werden

Integration konsequent vorantreiben

Integration durch Leistung braucht Sprach- und Wertevermittlung und strengere Spielregeln für den Erwerb der Staatsbürgerschaft.

„Integration durch Leistung“ heißt, dass jeder, der auf legalem Wege nach Österreich gekommen ist und sich hier etwas aufbauen möchte, willkommen ist. Voraussetzung dafür sind der Erwerb der deutschen Sprache, die Akzeptanz von Werten und die Teilnahme am Arbeitsmarkt. Der Erfolg von Integration ist davon abhängig, wie viele zu integrieren sind – Integrationspolitik kann falsche Einwanderungspolitik nicht reparieren. Ein erfolgreicher Abschluss der Integration kann die Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft sein. Wer allerdings illegal eine andere Staatsbürgerschaft besitzt, sollte bestraft und die Sozialleistungen für ihn sollten gestrichen werden. |

Den Begriff „Integration durch Leistung“ haben wir in den vergangenen Jahren geprägt, um zu vermitteln, dass jeder Mensch bei uns willkommen ist, der auf legalem Wege nach Österreich kommt und sich etwas aufbauen möchte. Eine ganz wichtige Grundvoraussetzung für die Teilnahme am Arbeitsmarkt ist die Vermittlung der deutschen Spra-

che und der Grundwerte, die wir in Österreich leben. Um die Menschen auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten, ist Deutsch daher nicht nur für Schüler wichtig, sondern auch für jene, die die Schule bereits verlassen haben. Die entsprechenden Angebote werden daher weiter ausgebaut.

Dennoch kann Integrationspolitik nur dann gelingen, wenn sie Hand in Hand mit einer vernünftigen Einwanderungspolitik geht. Wenn zu viele Menschen mit geringen Qualifikationen und wenig bis gar keinen Deutschkenntnissen – in einigen Fällen sogar nicht einmal alphabetisiert – nach Österreich zuziehen, dann stellt das unser Land vor enorme Herausforderungen. Solche Fehler in der Einwanderungspolitik kann eine Integrationspolitik nie reparieren.

Doppel- und Mehrfachstaatsbürgerschaften nur in Ausnahmefällen.

Ziel der Integration für jene, die einen unbefristeten Aufenthaltstitel haben, kann der Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft sein. Was den Zugang dazu betrifft, sollte es gegenüber anderen Zuwanderern keinen Vorteil darstellen, in Österreich als Asylberechtigter zu leben. Die österreichische Staatsbürgerschaft ist ein hohes Gut und sollte nicht zugänglich für jene werden, die sich nicht an die Gesetze unseres Staates halten.

Außerdem sollte der Regelfall sein, dass man nur die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt – Doppel- und Mehrfachstaatsbürgerschaften sollten die Ausnahme sein. Wer sich entscheidet, die österreichische Staatsbürgerschaft anzunehmen, sollte voll und ganz dazu stehen. Wer sich dazu entscheidet, eine andere Staatsbürgerschaft anzunehmen,

muss seine österreichische zurücklegen. Wer illegal andere Staatsbürgerschaften außer der österreichischen besitzt, soll, neben dem Verlust der österreichischen Staatsbürgerschaft, finanziell bestraft werden und keine Sozialleistungen bekommen.

Die österreichische Staatsbürgerschaft muss auch die Grundvoraussetzung dafür bleiben, um im österreichischen demokratischen System mitbestimmen zu können. Wir sprechen uns vehement gegen jegliche Form des Ausländerwahlrechts aus, die über die aktuell gültige Regel hinausgeht. >>

Unsere Maßnahmen

Weiterer Ausbau der Deutsch- und Wertekurse >>

Gleiche und damit längere Fristen für die Einbürgerung von Asylberechtigten wie bei anderen, regulären Einbürgerungen >>

Strafen und Entfall von Sozialleistungen bei illegaler Doppelstaatsbürgerschaft >>

Kein Ausländerwahlrecht einführen >>

A close-up photograph of a person's hands casting a ballot into a ballot box. The person is wearing a green, textured sweater. The ballot box is light blue and has a slot for the ballot. The background is blurred, showing other people in a public setting.

Zurück
an die Spitze.
Mit einer echten
Staatsreform.
Für uns alle.

Kompetenz- verteilung in Österreich von Grund auf neu denken

Österreich ist vielfach von dem Grundprinzip der Subsidiarität und der klaren Verantwortlichkeiten abgekommen. Stattdessen hat sich ein Kompetenzschubel entwickelt, der viele Bereiche der öffentlichen Verwaltung undurchschaubar macht. Wir brauchen eine klare Verteilung der Kompetenzen, verbunden mit klaren Verantwortlichkeiten für deren Finanzierung. Wir brauchen außerdem ein Mehr an Steuerautonomie für Länder und Gemeinden: Das erhöht ihren Gestaltungsspielraum und ihre Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern – auch in finanzieller Hinsicht. Wir benötigen einen einfachen, transparenten und aufgabenorientierten Finanzausgleich, der auf die regionalen Besonderheiten Rücksicht nimmt. |

Österreich ist ein föderaler Staat und auf dem Grundgedanken der Subsidiarität gegründet: Das bedeutet, dass Aufgaben, die eine kleinere Einheit übernehmen kann, nicht von der größeren geregelt werden sollen. Dieser Grundsatz sollte den Bundesländern ursprünglich die Freiheit geben, in einzelnen Teilbereichen

ohne Einwirken des Bundesstaates zu agieren.

Die Komplexität des modernen Lebens und die historische Entwicklung, in der der Staat in immer mehr Bereichen das Leben der Menschen regelt, haben dieses System aber teilweise von seinen Grundprinzipien abkommen lassen. Heute haben wir in Österreich in vielen Bereichen einen Kompetenzschubel, bei dem es keinen Durchblick mehr gibt. Ein Beispiel ist das Schulsystem, wo je nach Schultyp unterschiedliche Instanzen für unterschiedliche Bereiche zuständig sind. Aber auch bei der Effizienz und der Effektivität der eingesetzten staatlichen Mittel zeigen sich über die Bundesländer hinweg große Unterschiede. Die Datenlage und Transparenz für die Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern ist sehr eingeschränkt.

Klarheit schaffen, Doppelzuständigkeiten entflechten.

Ein Grundproblem ist, dass der Bund derzeit zu einem großen Teil die Steuern bestimmt, das Geld dafür einnimmt und an die Bundesländer weiterleitet, die es dann in ihrem Verantwortungsbereich ausgeben. So werden über 80% des Budgets der Bundesländer und über 60% der Budgets der Gemeinden in Österreich durch den Finanzausgleich vom Bund bereitgestellt.

Wir müssen Klarheit im Staat schaffen: Dazu bedarf es einer klaren Verteilung der Kompetenzen und einer Zusammenführung sowie Entflechtung der Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungs-Verantwortung zwischen den unterschiedlichen Ebenen der Verwaltung und Gebietskörperschaften. Wir benötigen in bestimmten Bereichen – mehr als bisher – national einheitlich definierte Standards. Gleichzeitig wollen wir Länder und Gemeinden in ihrem praktischen Aufgaben- und Verantwortungsbereich stärken. Außerdem ist ein Mehr an Steuerautonomie

für Länder und Gemeinden notwendig: Dies erhöht ihren Freiraum und ihre Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern – auch in finanzieller Hinsicht. Die Länder bekommen dadurch individuellen Gestaltungsspielraum, um die Einnahmenseite an die Entscheidungen, die auf der Ausgabenseite getroffen werden, anzupassen. Wir brauchen außerdem einen Finanzausgleich, der sich an den tatsächlichen Aufgaben und Leistungen der Gebietskörperschaften orientiert. Diese Aufgaben sollten entsprechend abgebildet werden. Für eine wirksame Aufgabewahrnehmung sollten zusätzlich Anreize durch klare Verteilungskriterien gesetzt werden.

Verwaltungsreform: Jetzt!

In den letzten 25 Jahren gab es viele Kommissionen und Reformgruppen. Sie alle haben sich mit der Thematik und Problematik intensiv beschäftigt. Konkrete Vorschläge für Veränderung liegen am Tisch. Es braucht keine neue Arbeitsgruppe. Wir wollen nun endlich die Umsetzung der Vorschläge vorantreiben, allen voran die sinnvollen Empfehlungen des Rechnungshofes zur Vereinfachung der Verwaltung, die unter anderem das Gesundheitswesen, den Pflegebereich, das Schulwesen, das Förderwesen, die Finanzierung von Infrastrukturprojekten, die Wohnbauförderung und vieles mehr umfassen. Auch Teile des Österreich-Konvents und andere Reform-Gruppen aus den vergangenen Jahren sollten so bald als möglich umgesetzt werden. Wir möchten auch einen verbindlichen Anreiz dafür schaffen, dass sich endlich alle beteiligten Akteurinnen und Akteure gemeinsam an die Umsetzung machen.

Die Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden muss klar geordnet werden – die Vorschläge liegen auf dem Tisch.

Transparenz ins Förderwesen bringen – Mehrfachförderungen unterbinden.

Eines der größten Potenziale für Effizienzsteigerungen bei den Staats-

ausgaben liegt in Österreich sicher im Förderwesen. Fast 5 Mrd. Euro werden jährlich für direkte Förderungen auf Bundesebene ausgegeben. Dazu kommen knapp 15 Mrd. an indirekten Förderungen, wo der Staat auf Einnahmen verzichtet. Noch nicht mitgerechnet sind die Förderungen, die die Länder vergeben, oder das Geld, das der Bund den ÖBB zuschießt. Somit kann man von direkten Förderungen von bis zu 18 Milliarden Euro sprechen, womit das Förderwesen in Österreich deutlich stärker ausgeprägt ist als in anderen Ländern. Auf Grund der fehlenden Transparenz gibt es keinen Überblick, was eigentlich alles gefördert wird und wer davon profitieren soll. Förderungen geben oft scheinbar großzügig der einen Tasche das zurück, was aus der anderen bereits genommen wurde. Wir brauchen hier echte Transparenz und Vergleichbarkeit zwischen den Institutionen und den Ebenen und müssen die bestehenden Systeme wie die Transparenzdatenbank konsequent umsetzen. Doppelgleisigkeiten und Mehrfachförderungen müssen rigos unterbunden werden.

Beteiligung mit Strategie.

Ein weiterer Bereich, in dem es Effizienz-Potenzial gibt, ist das Beteiligungsmanagement des Bundes. Beteiligungen des Bundes gibt es derzeit bei Unternehmen mit den folgenden Eigenschaften:

- Unternehmen, die regulieren
- Unternehmen, die wirtschaftlich tätig sind (sowohl Monopolisten als auch Unternehmen im freien Wettbewerb)
- Unternehmen, die ausgegliederte Verwaltungstätigkeit übernehmen

Derzeit sind die jeweiligen Fachministerien für das Beteiligungsmanagement zuständig, das Finanzministerium kümmert sich um das Finanzcontrolling. Es gibt jedoch keine einheitlichen Standards und keine übergreifende Strategie für die Beteiligungen des Bundes, um das volle Potenzial für den Standort Österreich ausschöpfen zu können. Durch eine stärkere Bündelung des Beteiligungsmanagements können einerseits Kosten eingespart und andererseits wichtige Impulse für die Wirtschaft gesetzt werden. Es braucht eine umfassende Eigentümerstrategie des Bundes und ein aktives Beteiligungsmanagement, um die Interessen Österreichs zu sichern. ➤

Unsere Maßnahmen

➤ Zusammenführung der Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungs-Verantwortung

➤ Einfacher, transparenter und aufgabenorientierter Finanzausgleich, der auf die regionalen Besonderheiten Rücksicht nimmt

➤ Transparenzdatenbank endlich konsequent umsetzen

➤ Reduktion von Mehrfachförderungen und Doppelgleisigkeiten

➤ Entwicklung einer Eigentümerstrategie für die Beteiligungen des Bundes und aktives Beteiligungsmanagement durch stärkere Bündelung der Aufgaben

Medienstandort stärken und öffentlich-rechtlichen Auftrag weiterentwickeln

Digitalisierung und Globalisierung bringen große Herausforderungen für die Medienwelt. Wir müssen sicherstellen, dass es in Österreich auch in Zukunft eine freie und unabhängige Medienlandschaft mit einer breiten Meinungsvielfalt gibt. Österreichische Inhalte müssen weiterhin Teil des Angebots sein und der öffentlich-rechtliche Auftrag muss weiterentwickelt werden. |

daher ein besonderes Anliegen, unabhängigen und hochprofessionellen Journalismus in seiner Vielfalt für Österreich zu sichern und zu fördern. Durch die fortlaufende Digitalisierung in diesem Bereich sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen dafür leider nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Um einen fairen Wettbewerb von klassischen und digitalen Medien zu ermöglichen, müssen diese Rahmenbedingungen daher vom Gesetzgeber weiterentwickelt werden. Auch das geistige Eigentum muss im digitalen Raum besser geschützt werden – wenn es hier auf europäischer Ebene zu keiner Einigung kommt, dann ist eine Lösung auf nationalstaatlicher Ebene zu erarbeiten.

Wir müssen den Medienstandort Österreich stärken, österreichische Inhalte sichern und den ORF reformieren.

Die Medienbranche befindet sich seit einigen Jahren in einem großen Umbruch – die Digitalisierung und die Globalisierung stellen die Medienwelt vor große Herausforderungen. Welche Geschäftsmodelle werden in Zukunft erfolgreich sein? Wie kann Information mit hoher Qualität auch in Zukunft sichergestellt werden? Welche Rolle soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk dabei haben?

Unser klares Ziel ist es, in Österreich auch weiterhin eine freie und unabhängige Medienlandschaft zu gewährleisten, in der eine Vielfalt an Meinungen möglich ist. Medien haben für Demokratien eine herausragende Bedeutung – es ist uns

Den öffentlich-rechtlichen Auftrag weiterentwickeln.

Durch die immer stärkere Internationalisierung der Medienbranche sind zudem österreichische Interessen und Inhalte in Gefahr. Durch unseren großen, gleichsprachigen Nachbarn besteht die Gefahr, dass immer mehr Inhalte auf die Mehrheit der Sprachgruppe fokussiert werden – österreichische Inhalte und die österreichische Identität werden hingegen zurückgedrängt. Dem müssen wir entgegenwirken. Eine wichtige Rolle dabei spielt der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Der öffentlich-rechtliche Auftrag hat sich genauso weiterentwickelt wie die Medienlandschaft insgesamt. Früher war es Teil dieses Auftrages, möglichst allen Menschen in Österreich Zugang zu Informa-

Durch die immer stärkere Internationalisierung

tion zu verschaffen. Heute reicht dafür ein Smartphone mit Internetanschluss. Der öffentlich-rechtliche Auftrag muss daher dahingehend weiterentwickelt werden, möglichst viele Menschen mit möglichst hochwertiger Information zu versorgen. Das ist ein entscheidender Unterschied. Denn damit wird das Erzielen von Marktanteilen von öffentlich-rechtlichen Produkten Teil ihres Auftrages.

Die Herausforderungen in der Welt der Medien sind groß.

Um diesem Auftrag auch langfristig gerecht zu werden, braucht es Reformen beim Österreichischen Rundfunk. Der ORF, ein Unternehmen mit einem Umsatz von knapp € 1 Mrd. und fast 4.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, ist der größte Medienkonzern Österreichs. Viele ausgezeichnete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben über Jahrzehnte mit Leidenschaft und Überzeugung ein gutes Unternehmen gestaltet. Für die enormen Herausforderungen in der Welt der Medien von heute muss aber auch der österreichische Rundfunk weiterentwickelt werden. Dabei kann der ORF auf seine flächendeckende Präsenz in Österreich bauen und auch in Zukunft sicherstellen, dass österreichische Inhalte in hoher Qualität produziert werden können. ➔

Um diesem Auftrag auch langfristig gerecht zu werden, braucht

Unsere Maßnahmen

Geistiges Eigentum auch im digitalen Bereich besser schützen

Öffentlich-rechtlichen Auftrag weiterentwickeln und um Reichweite ergänzen

Österreichischen Rundfunk weiterentwickeln

Mehr direkte Demokratie zulassen

Wir müssen die direkte Demokratie stärken und Vorzugsstimmen stärker berücksichtigen.

Das politische System in Österreich ist besonders stark von Parteien geprägt – direkte Mitbestimmung gibt es kaum. In der Zweiten Republik wurden nur zwei Volksabstimmungen (Zwentendorf & EU-Beitritt) und eine Volksbefragung (allgemeine Wehrpflicht) durchgeführt. Wir müssen diese Instrumente stärken und ein bis zwei Termine pro Jahr festlegen, an denen Anliegen zur Abstimmung gebracht werden können. Außerdem braucht es mehr Gewicht für Vorzugsstimmen. |

Eine Demokratie lebt davon, dass ihre Bürgerinnen und Bürger ein aktiver Teil sind und Möglichkeiten der Mitwirkung haben. In Österreich haben wir ein System, das besonders stark von den politischen Parteien dominiert ist. Man lässt die Menschen bei Wahlen aus einer kleinen Anzahl an Parteien auswählen – welche Menschen diese Parteien repräsentieren, kann allerdings nur zu einem minimalen Grad (im bestehenden Vorzugsstimmen-System) beeinflusst werden. Direkte Mitbestimmung, wie das zum Beispiel in der Schweiz üblich ist, wo dem Volk

alle zwei bis drei Monate konkrete Gesetzesvorschläge zur Abstimmung vorgelegt werden, kommen in Österreich so gut wie gar nicht vor. In der Zweiten Republik hatten wir nur zwei Volksabstimmungen – zu Zwentendorf und zum EU-Beitritt. Eine Volksbefragung, in der das Volk unverbindlich zu einem Thema befragt wird, gab es bisher überhaupt nur ein einziges Mal, und zwar 2013 zur allgemeinen Wehrpflicht.

Noch schlimmer für Wählerinnen und Wähler ist das Gefühl, mit ihrer Stimmabgabe bei der Wahl ohnehin keine Veränderung herbeiführen zu können. Seit 1945 hatten wir insgesamt 56 Jahre oder fast 80 % der Zeit entweder eine ÖVP-/SPÖ-Alleinregierung – oder eine Koalitionsregierung der beiden Parteien. In nur 20 % der Zeit gab es alternative Konstellationen. Dieses Gefühl, mit seiner Stimme keine Veränderung herbeiführen zu können, schlägt sich auch in einem massiven Rückgang der Wahlbeteiligung nieder – waren es bei der Nationalratswahl 1953 noch 95,8 % und 1983 auch noch 92,6 %, lagen wir 2013 nur mehr bei 74,9 %. Damit war die Fraktion der Nichtwählerinnen und Nichtwähler auf Platz 1.

Politik für das Volk und durch das Volk.

Diesen Entwicklungen müssen wir entgegenreden: Wir müssen den Menschen wieder die reale Möglichkeit geben, dass sie mit ihrer Stimme einen Einfluss auf die Entscheidungen in unserem Land haben. Dazu wollen wir die Instrumente der direkten Demokratie stärken, indem wir vermehrt Volksbefragungen und Volksabstimmungen durchführen. Wir können uns hier ein Vorbild an unseren Nachbarn in der Schweiz nehmen, wo an vier Terminen im Jahr verschiedene Anliegen per Volksabstimmung entschieden werden. In Österreich

könnten wir mit ein bis zwei Terminen einen Testlauf beginnen und so die Menschen bei wichtigen Fragen direkt mitbestimmen lassen. Wenn ein Volksbegehren von 10 % der Bevölkerung unterschrieben wird und das Parlament der Initiative im Anschluss daran nicht ohnehin schon zugestimmt hat, soll das Anliegen – unter der Voraussetzung, dass der Verfassungsgerichtshof keinen Widerspruch zu den grund-, menschen- bzw. völkerrechtlichen Verpflichtungen der Republik Österreich feststellt – den Wählerinnen und Wählern in einer Volksabstimmung zur Entscheidung vorgelegt werden.

Um die Legitimation der Regierung zu stärken und das Parlament aufzuwerten, schlagen wir zudem vor, dass die Mitglieder einer neuen Regierung vor der Angelobung ein Hearing durch die Abgeordneten zum Nationalrat durchlaufen sollen. Erfahrungswerte aus der Schweiz und dem Europäischen Parlament zeigen den Erfolg eines solchen Hearings.

1953 – 95,8 %

1983 – 92,6 %

2013 – 74,9 %

Entwicklung der Wahlbeteiligung an Nationalratswahlen

in Österreich,
1953 bis 2013

Quelle: Bundesministerium für Inneres

Vorzugsstimmen stärker berücksichtigen.

Außerdem soll den Menschen mehr Möglichkeit

gegeben werden, Einfluss darauf zu nehmen, wer sie im Nationalrat vertritt. In Österreich können Wählerinnen und Wähler nur (Partei-) Listen wählen. Diese Listen können Kandidatinnen und Kandidaten auf Bundes-, Landes- und Regionalebene aufstellen. Das derzeit gültige Vorzugsstimmen-Modell sieht vor, dass Kandidatinnen und Kandidaten nur vorgereiht werden können, wenn sie auf Bundesebene 7 Prozent, auf Landesebene 10 Prozent oder auf regionaler Ebene 14 Prozent aller Stimmen der Liste als Vorzugsstimmen bekommen. Tatsächlich von einem hinteren Platz auf der Liste ohne Mandat vorgereiht zu werden ist, in Österreich bisher nur zwei Personen gelungen, nämlich 1983 Josef Cap und 2004 Andreas Mölzer. Wir wollen diese Hürde zumindest auf die Hälfte der derzeit gültigen Werte oder noch weiter herabsetzen, damit Vorzugsstimmen eine stärkere Rolle bei der Vergabe von Mandaten spielen. >>

Unsere Maßnahmen

Die Instrumente der direkten Demokratie stärken, indem wir vermehrt Volksbefragungen und Volksabstimmungen durchführen

1-2 fixe Tage pro Jahr, an denen Anliegen zur Abstimmung oder Befragung gebracht werden können

Volksabstimmung bei Volksbegehren, das von mehr als 10 % der Bevölkerung unterschrieben wird

Hearing für neue Regierungsglieder vor der Ernennung durch die Abgeordneten zum Nationalrat

Vorzugsstimmen stärker berücksichtigen bei der Vergabe von Mandaten



**Zurück
an die Spitze.**

Mit einem
bürger nahen
Europa.
Für uns alle.

Kurswechsel in Europa herbeiführen

Wir brauchen einen Subsidiaritätspakt für Europa, müssen die Außengrenzen schützen und den Kommissionspräsidenten direkt wählen.

Die Europäische Union hat nachhaltig Frieden auf unserem Kontinent gebracht. Auf Grund einer drückenden Last von Regulierungen hinkt Europa aber wirtschaftlich hinterher. Wir brauchen daher einen neuen Subsidiaritätspakt und die EU muss sich wieder auf ihre Kernkompetenzen fokussieren, bei denen der gemeinsame Handel im Zentrum steht. Wir müssen auch die Strukturen verschlanken, die Kommission verkleinern und sollten die Präsidentin oder den Präsidenten der Europäischen Kommission direkt vom Volk wählen lassen. Außerdem müssen wir effektiv die europäischen Außengrenzen schützen. |

Das vereinte Europa ist eine der größten Errungenschaften des 20. Jahrhunderts. Nach all dem Krieg und Leid, das unser Kontinent in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder miterleben musste, hat die Europäische Union erstmals einen stabilen und nachhaltigen Frieden gebracht. Durch die wirtschaftliche Verflechtung zwischen den Mitgliedstaaten und der Zusam-

menarbeit zwischen den Ländern ist eine Interessengemeinschaft entstanden, die viele gemeinsame Ziele verfolgt, Wohlstand schafft und Frieden sichert.

In dieser Gemeinschaft ist aber auch viel Platz für Einzelinteressen. War das ursprüngliche Ziel des Binnenmarkts, die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union zu stärken, ist dieses Ziel durch die drückende Last der Regulierungen massiv in Gefahr. Während die Welt weiter wächst, hinkt Europa in den letzten Jahren hinterher. Vor allem für die KMUs, dem Rückgrat der europäischen Wirtschaft, gibt es bei 21.000 EU-Richtlinien und 85.000 Seiten Rechtsbestand keinen Durchblick mehr.

Zurück zur Gründungsidee.

Die Union weitet aber auch ihre Kompetenzen immer mehr in Bereiche aus, die über den ursprünglichen Ansatz der Wirtschaftsunion hinausgehen. Heute regiert die EU in die nationalstaatliche Sozialpolitik hinein – wie bei dem Thema der Familienbeihilfe für nicht in Österreich lebende Kinder – und erlässt Verordnungen, die klar in den Gesundheitsbereich fallen, wie die Allergen-Verordnung oder die Zigaretten-Kennzeichnung, obwohl sie in diesem Bereich eigentlich keine Kompetenz hat.

Wir brauchen hier einen Kurswechsel auf oberster Ebene und eine stärkere Rückbesinnung auf die Gründungsidee der Union. Damit sind für uns weder Bestrebungen in Richtung einer weiteren Schuldenunion noch in Richtung einer Sozialunion vereinbar. Vielmehr müssen die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit sowie die Vervollständi-

gung des Binnenmarktes und der Kampf gegen Steuerflucht im Vordergrund stehen. Eine übermäßige Verschuldung eines Euro-Landes darf nicht auf die Gruppe aller Euro-Länder übertragen werden und es darf kein neues Euro-Land mehr geben, das die Kriterien eines Beitritts nicht vollständig und nachhaltig erfüllt.

Direktwahl der Präsidentin bzw. des Präsidenten, Subsidiaritätspakt für Mitgliedstaaten.

Wir schlagen vor, dass der Kommissionspräsident direkt vom europäischen Volk gewählt wird.

Das gibt ihm mehr Legitimation und Verantwortung gegenüber den europäischen Bürgerinnen und Bürgern. Außerdem müssen wir die Kommission verkleinern und die Kompetenzen bereinigen.

Wir brauchen einen echten Subsidiaritätspakt, in dem sich die EU auf ihre eigentlichen Kernkompetenzen besinnt. Darin soll festgelegt werden in welchen Bereichen außerhalb der ausschließlichen EU-Kompetenzen (Zollunion, Wettbewerb, Währungspolitik für Euro-Länder, Fischereipolitik, Handelspolitik) die Europäische Kommission tätig werden kann. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich gleichzeitig dazu, in keinen anderen Bereichen Wünsche für Gesetzesvorhaben an die Europäische Kommission heranzutragen.

So wie in Österreich und vielen anderen Ländern sollte auch in der EU ein Ablaufdatum für Gesetze und die „one in, two out“-Regelung eingeführt werden: Bei Einführung eines neuen Gesetzgebungsaktes sollten mindestens zwei alte abgeschafft werden.

Europas Außen- grenzen schützen, EU-Institutionen nach Österreich bringen.

Vor allem im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik soll es aber zu einer Stärkung der Europäischen Union kommen. Wir brauchen eine zivil-militärische Grenzschutztruppe für EU-Assistenzsätze an den Außengrenzen der EU unter ziviler Führung und eine robuste Kriseneingriffstruppe auf europäischer Ebene, die in akuten Krisenfällen zum Schutz Europas international zum Einsatz kommt.

Der Brexit stellt sicherlich ein einschneidendes Ereignis dar, muss aber gleichzeitig als Chance gesehen werden, diesen Kurswechsel in der EU zu vollziehen und die notwendigen Reformen durchzuführen. Das betrifft auch das Budget der Union, denn wenn das drittgrößte Mitgliedsland mit knapp 13 % der EU-Bevölkerung und einem Nettobeitrag von mehr als 11 Milliarden Euro (2015) die Union

verlässt, muss es auch zu Anpassungen des Budgets kommen, die insbesondere in der Bürokratie erfolgen und nicht zu einer zusätzlichen Belastung der Nettozahler führen sollen. Außerdem sollte sich Österreich bemühen, EU-Institutionen wie zum Beispiel die Europäische Arzneimittelagentur (EMA), aber auch Unternehmen, die ihren Sitz nicht außerhalb der Europäischen Union haben wollen, in Wien anzusiedeln. »

Unsere Maßnahmen



Österreichs Interessen in Europa und der Welt vertreten

Wir sind für den EU-Beitritt der Staaten des Westbalkans und gegen den EU-Beitritt der Türkei. Noch mehr internationale Verhandlungen nach Wien

Österreich kann nicht auf allen Schauplätzen des Weltgeschehens diplomatisch mitmischen, sondern muss sich fokussieren – vor allem auf die österreichischen Interessen. Der EU-Beitritt der Westbalkanländer soll forciert, der Beitritt der Türkei verhindert werden. Wien sollte sich auch weiter als Schauplatz internationaler diplomatischer Verhandlungen etablieren – das bringt Wertschöpfung und Ansehen in der Welt. Die Russland-Sanktionen wollen wir schrittweise abbauen und die Christenverfolgung international noch stärker bekämpfen. Außerdem sollte die österreichische Exportwirtschaft weiter gestärkt werden, da sie Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land sichert. |

Österreichs Außenpolitik muss Österreichs Interessen dienen. Vor allem die letzten Jahre haben gezeigt, welche Flexibilität es in der Außenpolitik braucht, um auf aktuelle Entwicklungen und Krisen reagieren zu können und gleichzeitig die langfristigen Ziele weiterzuerfolgen. Wir müssen so ehrlich sein, zu sagen, dass ein kleines Land wie Österreich nicht

auf allen Schauplätzen der Welt und bei allen Themen federführend agieren kann. Umso wichtiger ist es, die vorhandenen Ressourcen optimal für die eigenen Interessen und Prioritäten einzusetzen.

Durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union bieten sich Österreich neue Einflussmöglichkeiten in der internationalen Gemeinschaft: Wir können aktiv bei der Gestaltung einer stärkeren interessensgesteuerten europäischen Außen- und Sicherheitspolitik, insbesondere bei der Vergabe von EU-Geldern, mitwirken. Die Europäische Union sehen wir ohne unsere Partnerländer am Westbalkan als unvollständig an: Daher setzen wir uns für die Beitrittsperspektive dieser Länder ein, sobald die Kriterien für einen Beitritt erfüllt sind. Ein Beitritt der Türkei ist für uns dagegen ausgeschlossen. Wir müssen folglich Formen von Partnerschaftsmodellen entwickeln, die zu keiner EU-Vollmitgliedschaft führen.

Österreich weiter als Ort des Dialogs positionieren.

Österreich hat durch seine Neutralität und geographische Lage eine besondere Tradition als Ort des Dialogs und als Standort für internationale Verhandlungen und Organisationen. Diese Tradition konnten wir in den letzten Jahren durch die erfolgreichen Iran-Atomverhandlungen, Syrien-Friedensgespräche wie auch durch den Vorsitz im Europarat und in der OSZE wieder stärker beleben. Dadurch kann Österreich nicht nur einen Beitrag zur Lösung internationaler Konflikte leisten: Jede Verhandlung bringt für unser Land als Kongress- und Tourismusdestination auch eine sehr hohe Wertschöpfung – und steigert unser Ansehen in der Welt.



Es braucht endlich mehr Ehrlichkeit.

Die Haft europäischer Menschenrechtler in der Türkei zeigt einmal mehr, dass die türkische Regierung rechtsstaatliche Grundprinzipien nicht respektiert. Die EU-Beitrittsgespräche mit der Türkei müssen komplett beendet und durch ein Partnerschaftsabkommen ersetzt werden.

Manfred Weber, MdEP

Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament
Stellvertretender CSU-Parteivorsitzender

Doch nicht nur als Gastgeber internationaler Verhandlungen kann Österreich einen Beitrag für Stabilität und Frieden leisten: Wir werden uns auch weiterhin federführend für die uns wichtigen Themen zum Schutz und zur Sicherheit der einzelnen Bürgerin und des einzelnen Bürgers einsetzen. Eines dieser Themen stellt die Abrüstung und Nichtverbreitung nuklearer Waffen dar, bei der Österreich durch multilaterale Initiativen bereits international Vorreiter ist. Die Notwendigkeit dieses Engagements wird durch den aktuellen Konflikt mit Nordkorea erneut aufgezeigt.

Wir müssen außerdem unseren Einsatz auf internationaler Ebene für Demokratie und Menschenrechte, Frieden und Sicherheit sowie wirtschaftliche und ökologische Sicherheit weiter verstärken. Die aktive Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen steht für uns dabei seit jeher im Mittelpunkt. Aus diesem Grund stellt sich Österreich im Jahr 2018 erneut der Wahl für eine Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen.

Abbau der Russlandsanktionen im Gleichschritt mit Umsetzung der Minsker Vereinbarungen.

Österreich sollte sich auch noch stärker in der Frage der Zusammenarbeit mit Russland einbringen. Wir müssen verhindern, dass es erneut zu einem Blockdenken in Europa kommt – dieses gehört eindeutig in die Geschichtsbücher verbannt. Langfristiger und nachhaltiger Frieden in Europa wird nur mit und nicht gegen Russland möglich sein. Wir treten daher für ein Offenhalten der Kommunikationskanäle mit Russland ein – auch wenn es grundlegende Differenzen gibt. Die Sanktionen, die wir weiterhin gegen Russland aufrechterhalten, schaden unserer Wirtschaft. Für uns bleibt nach wie vor die Erfüllung der Minsker Vereinbarungen das zentrale Kriterium für die Aufhebung der Sanktionen. Da es hier aber nur sehr wenige Fortschritte gab, setzen wir uns für einen schrittweisen Abbau der Sanktionen im Gleichschritt mit einer schrittweisen Umsetzung der Minsker Vereinbarungen ein.

Christenverfolgung weltweit weiter bekämpfen.

Wir setzen uns außerdem international für Minderheiten und religiös Verfolgte ein. Rund 80% der Menschen, die weltweit wegen ihres Glaubens verfolgt werden, sind Christen. Wir müssen uns weiter dafür starkmachen, dass Menschen in allen Ländern der Welt frei ihren Glauben leben können und dabei nicht um ihr Leben fürchten müssen. Wir dürfen nicht mehr zusehen, wenn in einzelnen Ländern Christen systematisch verfolgt, vertrieben oder umgebracht werden.

Die österreichische Außenpolitik kann aber nicht nur bei Fragen der internationalen Politik einen entscheidenden Beitrag leisten, sondern auch wenn es um unsere Exportwirtschaft geht. Denn Österreich ist ein Exportland und unser Wohlstand und ein Großteil unserer Arbeitsplätze hängen vom Erfolg unserer Unternehmen und Produkte im Ausland ab. Deshalb müssen wir unsere Wirtschaft, die weltweit einen hervorragenden Ruf genießt und mit höchster Qualität und modernster Technologie in vielen Bereichen Weltmarktführer hervorbringt, dabei unterstützen, neue wachstumsstarke und dynamische Märkte und Regionen zu erschließen. Das sichert und schafft noch mehr Jobs in Österreich und ist Voraussetzung, dass wir eine positive Leistungsbilanz aufweisen können. »

Unsere Maßnahmen

» EU-Beitritt der Westbalkanstaaten bei strikter Einhaltung der Kriterien



» EU-Beitritt der Türkei verhindern und andere Formen der Partnerschaftsmodelle entwickeln



Fokussierung auf einzelne internationale Themen wie atomare Abrüstung und verstärkte Aktivitäten, um internationale Verhandlungen nach Wien zu holen



» Russland-Sanktionen schrittweise zurücknehmen



» Christenverfolgung weiter international bekämpfen



» Exportwirtschaft besser unterstützen, um Wertschöpfung und Jobs für Österreich zu sichern



**Zurück
an die Spitze.**
Mit mehr
Sicherheit.
Für uns alle.

Sicherheit in unserem Land garantieren

Für eine handlungsfähige Polizei: Sicherheitspaket jetzt, Gewalt-, Drogen- und Cyberkriminalität bekämpfen, digitale Sicherheit erhöhen und härtere Strafen bei Hetze

In den kommenden Jahren steht uns eine große Pensionierungswelle bei der Polizei bevor. Um die Handlungsfähigkeit der Polizei sicherzustellen, braucht es jedes Jahr ausreichend neue Polizistinnen und Polizisten. Damit die Beamtinnen und Beamten ihre Aufgabe ordentlich erfüllen können, muss das Sicherheitspaket so bald als möglich umgesetzt werden. Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen für die Bekämpfung von Gewalt-, Drogen- und Cyberkriminalität verbessert werden. Hetze gegen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist mit härteren Strafen zu ahnden; als Vorbereitung auf die ständige Bedrohung durch Terroranschläge ist eine bessere Koordination zwischen den Ministerien und den Ländern sowie international notwendig. Ebenso sind rasche und konsequente Verfahren gegen straffällige Fremde erforderlich.

Eine der zentralen Aufgaben des Staates ist die Gewährleistung der inneren Sicherheit. Dazu gehört vor allem die Prävention und Bekämpfung der Kriminalität. In Österreich

sind derzeit 28.000 Polizistinnen und Polizisten aktiv. Sie sind tagtäglich im Einsatz, um Verbrechen aufzuklären, die Gesetze durchzusetzen und den Menschen in Österreich Sicherheit zu geben. Im Jahr 2016 wurden 537.000 Anzeigen erstattet. Das sind um 20.000 mehr als noch 2015. Auffallend ist, dass beispielsweise die Zahl der Wohnungseinbrüche und KFZ-Diebstähle rückläufig ist, während Gewaltkriminalität, Cyberkriminalität und Wirtschaftskriminalität zunehmen. Es kommt hier also zu einer Verlagerung. Die Aufklärungsquote ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen und liegt derzeit bei 45,9%. Der Anteil der Fremden an Gesetzesübertretungen ist dabei von ursprünglich 34% auf über 50% gestiegen.

Mehr Ausbildungsplanstellen – mehr Sicherheit.

Um die gute Arbeit der Polizei auch weiterhin aufrechtzuerhalten, ist jetzt schon vorausschauend zu planen. In den kommenden Jahren steht der Polizei eine größere Pensionierungswelle ins Haus. Es ist damit zu rechnen, dass jährlich 900 – 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei in den Ruhestand wechseln werden. Dementsprechend müssen wir mittels zusätzlicher Ausbildungsplanstellen im Ausmaß der zu erwartenden Pensionierungen rechtzeitig für die unmittelbare Nachbesetzung Vorsorge treffen. Derzeit ist es nämlich so, dass neue Polizistinnen und Polizisten erst ausgebildet werden können, wenn Planstellen durch die Pensionierung einer älteren Kollegin oder eines älteren Kollegen frei werden. Ebenso sollte die Vereinbarung von Familie und Beruf noch besser ermöglicht werden. Wir schlagen daher vor, in den kommenden Jahren zusätzliche Ausbildungsplanstellen zu schaffen, damit gewährleistet ist, dass alle regulären Planstellen mit voll ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten sofort besetzt werden können.

Sicherheitspaket schnellstmöglich umsetzen.

Damit die Polizistinnen und Polizisten ihre Aufgaben auch gut erfüllen können, ist es wichtig, dass die entsprechenden Rahmenbedingungen vorhanden sind. Deshalb ist es entscheidend, dass das Sicherheitspaket endlich umgesetzt wird. Der technologische Fortschritt darf nicht dazu führen, dass den Er-

mittlern die Hände gebunden sind, weil die rechtlichen Rahmenbedingungen nicht mit dem Wandel der Technologie mithalten können. In einem nächsten Schritt müssen wir uns dem Thema Cyberkriminalität und digitale Sicherheit umfassend widmen, um den Herausforderungen der steigenden Kriminalität im Netz besser begegnen zu können. Dazu braucht es rechtliche Regelungen, und bestehende Einrichtungen, wie das „Cyber Security Center“, müssen nach internationalen Vorbildern weiter ausgebaut werden. Eine wichtige Maßnahme dafür ist die Schaffung und Implementierung eines einheitlichen, staatlich gesicherten digitalen Identitätssystems als zentrale Basisinfrastruktur für die sichere Digitalisierung Österreichs. Diese soll vor Datenmissbrauch, Identitätsdiebstahl und Cybercrime schützen.

2014 – 43,1%

2015 – 44%

2016 – 45,9%

Aufklärungsquote

in Österreich,
2014 bis 2016

Quelle: Bundesministerium für Inneres

**Härtere Strafen
für bestimmte
Delikte.**

Wir müssen aber nicht nur die Polizei stärken, wir müssen bei verschiedenen Vergehen auch härtere Strafen einführen, um ein klares Signal an Verbrecherinnen und Verbrecher zu senden. Das Dealen mit harten Drogen soll beispielsweise in jedem Fall mit Freiheitsentzug bestraft werden und es soll hier auch keine Chance auf Bewährung

Wir müssen aber nicht nur die Polizei stärken, wir

oder Diversion geben. Ein anderes Gebiet, in dem wir keine Toleranz walten lassen dürfen, ist bei Gewaltdelikten und Hetze gegen Demokratie, Rechtsstaat, Religionen, Personen- oder Gesellschaftsgruppen. Hier braucht es härtere Strafen und eine konsequentere Vorgehensweise.

Wir können glücklich sein, dass es in Österreich keine größeren Terror-Anschläge in den letzten Jahren gegeben hat, bei denen Menschen ihr Leben verloren haben. Aber leider sind wir dieser Gefahr ständig ausgesetzt, denn auch Österreich ist keine Insel der Seligen. Um in einer Krisensituation noch besser reagieren zu können, muss die Zusammenarbeit zwischen den relevanten Ministerien und den Ländern weiter verbessert werden. »

**Wir müssen unsere Polizei stärken**

und die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen, damit sie effektiv Verbrechen vorbeugen und bekämpfen kann. Außerdem müssen wir den Polizeidienst attraktiv gestalten und ausreichend neue Polizistinnen und Polizisten ausbilden.

General Karl Mahrer
Landespolizeivizepräsident Wien

**Unsere
Maßnahmen**

» Zusätzliche Ausbildungs-Planstellen für Polizistinnen und Polizisten schaffen

» Sicherheitspaket so bald wie möglich beschließen

» Bessere rechtliche Regelungen gegen Gewalt-, Drogen- und Cyberkriminalität sowie für die digitale Sicherheit und Ausbau von Einrichtungen wie das „Cyber Security Center“

» Schaffung eines digitalen Identitätssystems als Basisinfrastruktur für die sichere Digitalisierung Österreichs

» Härtere Strafen für Hetze gegen Demokratie, Rechtsstaat, Religionen, Personen- oder Gesellschaftsgruppen

» Zusammenarbeit zwischen Sicherheitsakteuren auf allen Ebenen verbessern, um Terror-Anschläge besser vorbeugen zu können

Gewalt gegen Frauen und Kinder härter bestrafen

Wir brauchen härtere Strafen bei Gewalt gegen Frauen und Kinder – da dürfen wir keine Toleranz zeigen.

Zwangsheirat, Genitalverstümmelung und andere Formen der Gewalt gegen Frauen sind leider auch in Österreich Realität. Wir brauchen härtere Strafen und müssen noch konsequenter gegen die Täter vorgehen. Parallel brauchen wir einen österreichweiten Ausbau der Akutintervention und einen weiteren Ausbau von Notunterkünften für Frauen und Kinder. |

Gewalt gegen Frauen und Kinder ist in Österreich leider immer noch ein mit Angst und Scham besetztes Tabu-Thema. Die überwiegende Mehrheit der Gewaltakte gegen sie findet innerhalb der eigenen vier Wände statt. Auch wenn es Einrichtungen gibt, die schnell und direkt helfen, müssen wir immer noch von einer sehr hohen Dunkelziffer ausgehen. Schätzungen nach haben drei Viertel aller Frauen bereits einmal sexuelle Belästigung erlebt. Nahezu ein Drittel aller Frauen hat sexuelle Gewalt erfahren.

Durch die Zuwanderung kommen vor allem immer mehr Menschen aus Kulturkreisen zu uns, in denen mit dieser Problematik ganz anders

umgegangen wird beziehungsweise gar kein Problembewusstsein dafür vorhanden ist. Von dem Grad an Selbstbestimmung und Gleichberechtigung, der für Frauen in unserer westlichen Welt selbstverständlich ist, können Frauen anders geprägter Kulturen leider oft nur träumen. Vielfach werden sie, aber auch Kinder als Eigentum betrachtet; Phänomene wie häusliche Gewalt, Zwangsheiraten oder Genitalverstümmelung sind leider teilweise gang und gäbe.

Kein Platz für Kinderehe, Genitalverstümmelung und Gewalt in der Familie.

In Österreich sind jährlich rund 200 Mädchen und junge Frauen von

Zwangsheirat betroffen. Es sind dies meist Mädchen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die bereits in zweiter oder dritter Generation hier leben. Laut Schätzungen zur Verbreitung von weiblicher Genitalverstümmelung (FGM) wurden in Österreich mehr als 2.000 Frauen verstümmelt; 8.000 Frauen sind von Verstümmelung bedroht.

Knapp 1.500 Asylsuchende unter 18 Jahren sind in Deutschland als verheiratet registriert. Davon sind 361 unter 14 Jahre alt. Umgerechnet auf Österreich kann man davon ausgehen, dass hierzulande etwa 150 Jugendliche verheiratet sind, 35 von ihnen sind unter 14 Jahren. Mehr als die Hälfte aller Frauen, die in Frauenhäusern Zuflucht vor häuslicher Gewalt suchen, sind Migrantinnen.

Wir müssen noch härter gegen Gewalt und Misshandlung von Frauen und Kindern vorgehen. Strafen sollen erhöht, Beratung und Betreuung ausgebaut werden. Bei jeder Form der Gewalt gegenüber Frauen und Kindern liegt unsere Toleranzschwelle bei null – nicht ein einziger Fall darf ohne Konsequenzen blei-

ben! Gewalt gegen Frauen, Kinder oder sonst jemanden hat in Österreich keinen Platz.

Ganz konkret heißt das, dass wir bei der bestehenden gesetzlichen Regelung zur Zwangsheirat das Mindeststrafmaß erhöhen und die Höchststrafe weiter anheben wollen. Weiters wollen wir das Ehemündigkeitsalter generell auf 18 Jahre hinaufsetzen. Ausnahmen, wonach eine Ehe auch schon mit 16 Jahren möglich wäre, sind zu streichen. Zudem sollen die Mindest- und die Höchststrafen für Straftäter, die Frauen oder Kindern Gewalt zufügen, weiter angehoben werden.

Parallel brauchen wir einen österreichweiten Ausbau der Akutintervention und einen weiteren Ausbau von Notunterkünften für Frauen und Kinder, um den Betroffenen zu helfen. Derzeit gibt es 30 Unterkünfte über Österreich verteilt. Vor allem in Wien soll zumindest ein weiteres Frauenhaus entstehen. Über Österreich verteilt sollen es weitere fünf sein. Damit schaffen wir eine Erhöhung der derzeitigen Kapazitäten von 20%. ➔



Wir dürfen keine Toleranz bei der Gewalt gegen Frauen zeigen.

Jene Männer, die einen anderen Umgang mit Frauen aus ihren Herkunftskulturen gewohnt sind, müssen wir klarmachen, dass bei uns Frauen und Männer gleichgestellt sind und respektvoll miteinander umgehen.

Renate Vollnhofer
Polizistin

Unsere Maßnahmen

➔ Mindeststrafmaß für Zwangsehen erhöhen und Höchststrafe weiter anheben

➔ Mindestalter für Ehe generell auf 18 Jahre hinaufsetzen

➔ Mindest- und Höchststrafen weiter anheben für Straftäter, die Frauen oder Kindern Gewalt zufügen

➔ Österreichweiter Ausbau der Akutintervention und einen weiteren Ausbau von Notunterkünften für Frauen und Kinder; in Wien soll zumindest ein weiteres Frauenhaus entstehen, über Österreich verteilt sollen es insgesamt 5 (= Erhöhung der Kapazität um 20%) sein

Grenzen schützen und Bundesheer stärken

Den österreichischen und europäischen Grenzschutz effektiver machen, das Bundesheer durch mehr Mittel stärken und den österreichischen Grundwehrdienst aufwerten.

Das Jahr 2015 hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir in der Lage sind, unsere eigenen Grenzen zu schützen. Wir brauchen daher eine stärkere Zusammenarbeit auf europäischer Ebene. Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) beim Außengrenzschutz muss durch den eigenständigen Einsatz von zivilen und militärischen Kräften der EU-Staaten an den EU-Außengrenzen und durch eine personell und materiell ausreichende Ausstattung gestärkt werden. Darüber hinaus muss der gesetzliche Rahmen klar definiert werden. Das Bundesheer muss zur Bewältigung aller Herausforderungen gestärkt werden. Der Grundwehrdienst muss durch bessere Bezahlung und mehr Angebote zur individuellen Ausbildung attraktiver werden. |

Das Jahr 2015 hat uns ganz klar gezeigt, wie wichtig es für Österreich ist, nach wie vor in der Lage zu sein, seine eigenen Grenzen zu schützen. Wir leben in einem vereinten Europa und haben über die letzten Jahrzehnte hart daran gearbeitet, die Grenzen

auf unserem Kontinent abzubauen. Leider hat es die Europäische Union verabsäumt, ihre Außengrenzen in derselben Zeit ähnlich sicher zu machen, wie es der Anspruch an unsere eigenen Grenzen wäre. Den Preis mussten wir 2015/2016 zahlen, als 1,7 Millionen illegale Einwanderer von Schleppern organisiert quer durch ganz Europa gezogen sind und die europäischen Staaten hilflos zugesehen haben.

Wir müssen viel stärker auf europäischer Ebene zusammenarbeiten, um die Sicherheit in Europa zu gewährleisten. Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Europäischen Grenz- und Küstenwache (FRONTEX) beim Außengrenzschutz muss durch den eigenständigen Einsatz von zivilen und militärischen Kräften der EU-Staaten an den EU-Außengrenzen und durch eine personell und materiell umfassende Ausstattung gestärkt und der gesetzliche Rahmen klar definiert werden.

Bundes- und Milizheer weiter stärken.

Wir müssen aber auch das österreichische Bundesheer leistungsfähiger machen. Das österreichische Bundesheer hat eine Vielzahl an Aufgaben. Dazu zählen neben der Landesverteidigung auch der Katastrophenschutz, der Assistenzeinsatz an den Grenzen und das Mitwirken bei internationalen Einsätzen auf europäischer und internationaler Ebene. Um diese Aufgaben entsprechend zu erfüllen und die Abstimmung mit Blaulicht-Organisationen und anderen Stakeholdern zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit zu gewährleisten, ist das Österreichische Bundesheer mit den entsprechenden Mitteln für eine umfassende Aufgabenerfüllung auszustatten. In diesem Zusammenhang ist auch die Milizkomponente weiter zu stärken, da sie ein wesentlicher Baustein zum flächendeckenden Schutz in ganz Österreich ist.

Wir müssen aber auch das österreichische Bundesheer leistungsfähiger machen.

Die Österreicherinnen und Österreicher haben sich im Jahr 2013 für die allgemeine Wehrpflicht und gegen ein Berufsheer ausgesprochen. Dementsprechend rücken weiterhin 18.000 Grundwehriener jedes Jahr ein. Durch den Wehrdienst werden die vielschichtigen Aufgaben von Bundesheer und Zivildienst erhalten, um unser Land bei Bedrohungen und Katastrophen ebenso zu schützen wie gleichzeitig in Bereichen des Rettungswesens oder der Behinderten- und Altenbetreuung den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft zu festigen.

Grundwehr- und Zivildienst konsequent verbessern.

Der Grundwehrdienst, genauso wie der Zivildienst, ist ein Dienst für Österreich und schafft so auch eine klare Identifikation mit der Heimat und gleichzeitig gesellschaftliche Integration. Daher ist es entscheidend, dass die Reformpläne hin zu einem attraktiveren Wehr- und Zivildienst endlich konsequent umgesetzt werden, denn jeder Grundwehriener und jeder Zivildienstler soll auch entsprechenden Nutzen aus seiner Zeit im Dienst für sein Heimatland ziehen können und eine Wertschätzung durch Österreich erfahren. Dazu sollen Grundwehr- und Zivildienstler angemessen entlohnt werden und die Angebote zur individuellen Ausbildung Mehrwert für die Zeit nach dem Grundwehrdienst bzw. Zivildienst schaffen. Es sollen außerdem vermehrt Möglichkeiten geboten werden, die die Integration von österreichischen Staatsbürgern mit Migrationshintergrund fördern. Dazu gehören Deutschkurse, aber auch Staatskunde.

Der Grundwehrdienst, genauso wie der Zivildienst, ist ein Dienst für Österreich und schafft so auch eine klare Identifikation mit der Heimat und gleichzeitig gesellschaftliche Integration.

Darüber hinaus wollen wir die bisherige Form der Stellung in eine Gesunden-Untersuchung weiterentwickeln, die modernisiert und ausgeweitet jungen Menschen frühzeitig einen klaren Gesundheitsstatus aufzeigt. Für Frauen sollte es diese Möglichkeit in Zukunft auch auf freiwilliger Basis geben. Letztlich sollten auch die Tauglichkeitsstufen geprüft werden, um möglichst vielen jungen Männern die Chance zu bieten, einen Beitrag für Österreich zu leisten, indem alternative Tätigkeitsfelder entwickelt werden.

Unsere Maßnahmen

Den Schutz der österreichischen und der europäischen Grenze effektiver machen und mit mehr Mitteln ausstatten

Milizsystem stärken und ausbauen

Grundwehrdienst und Zivildienst durch bessere Bezahlung und individuellere Ausbildungsmöglichkeiten attraktivieren

Stellung zu einer Gesunden-Untersuchung weiterentwickeln

Tauglichkeitsstufen überprüfen und alternative Tätigkeitsfelder entwickeln

Unsere Werte und unsere Rechtsordnung sind unverrückbar. Respekt und Anerkennung für das, was wir heute sind, was die österreichische Gesellschaft ausmacht, ist Respekt und Anerkennung für ein großartiges Land, für Demokratie, Gleichberechtigung und die Grundsätze der Aufklärung.

Es ist Zeit für mehr Ordnung in unserem Land. Das Jahr 2015 hat uns allen vor Augen geführt, dass eine ungeordnete Massenmigration nach Österreich unser Land vor unbewältigbare Probleme stellt. Wir müssen daher

die illegale Migration stoppen und dafür den Menschen mehr vor Ort in ihren Herkunftsländern helfen.

Um die großen Herausforderungen der Integration in unserem Land meistern zu können, müssen wir mit allen

Mitteln den politischen Islam bekämpfen und das Entstehen von Parallelgesellschaften verhindern. Menschen, die zu uns gekommen sind und bei uns leben wollen, müssen unsere Werte und unsere Rechtsord-

nung respektieren. Das Erlernen der deutschen Sprache, die Anerkennung unserer Werte und die Eingliederung in den Arbeitsmarkt sind zentrale Grundvoraussetzungen, damit Integration gelingen kann.

Wir müssen aber nicht nur Migration und Integration neu ordnen. Auch in unserem Staat und in unserer Demokratie gibt es vieles in Ordnung zu bringen. Wir müssen Klarheit in den Kompetenzen schaffen und die Menschen mehr mitbestimmen lassen – das kann vor allem durch mehr direkte Demokratie und moderne Beteiligungsformen funktionieren.

Ordnung im Staat heißt für uns, dass es eine begrenzte Anzahl an Regeln gibt und diese aber konsequent eingehalten werden. Damit unsere Grenzen sicher sind und unsere Gesetze eingehalten werden, braucht es die notwendigen Rahmenbedingungen für Polizei und Bundesheer.

Nur in einem Staat, in dem Ordnung herrscht, sind Wohlstand und Gerechtigkeit möglich. Mit diesem dritten Teil unseres Programms liegen unsere Vorstellungen von einem neuen Österreich auf dem Tisch. Das ist der neue Weg, den wir in den kommenden Jahren gehen wollen und mit dem wir Österreich wieder an die Spitze führen wollen – für uns alle.

Wir müssen Österreich in vielen Dingen neu ordnen. Das betrifft Zuwanderungspolitik genauso wie längst fällige Reformen im österreichischen Staatswesen. Wir müssen den Bürgerinnen und Bürgern mehr Selbstbestimmung und Mitbestimmung ermöglichen. Und wir brauchen klare Regeln, an die sich alle halten. Nur so kann es zu neuer Gerechtigkeit, Wohlstand und Sicherheit für uns alle kommen.



Sebastian Kurz
Bundesobmann der neuen Volkspartei,
Außen-, Europa- und Integrationsminister

Impressum

Österreichische Volkspartei
Lichtenfelsgasse 7
1010 Wien
Tel.: 01/401 26-100
www.oevp.at

Fotos:

Shutterstock.com
Botond
Getty Images
Tatsu0115
picturedesk.com
Depositphotos.com

Wir haben uns bemüht, geschlechtsspezifische Formulierungen in unserem Programm zu verwenden. An einigen wenigen Stellen haben wir aus Gründen der leichteren Lesbarkeit darauf verzichtet und bei Personenbezeichnungen die männliche Form gewählt. Selbstverständlich beziehen sich die Angaben in gleicher Weise auf Frauen und Männer.

Trotz sorgfältiger Prüfung sind Fehler nicht ausgeschlossen und es besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit.

